



SCHAFFHAUSER NACHRICHTEN ■ MITTWOCH, 24. NOVEMBER 2004

# Softwareschmiede Abacus setzt sich an die Spitze

*Der diesjährige Unternehmerpreis Ostschweiz geht an Abacus in Kronbühl. Die Fela-Gruppe aus Diessenhofen wurde Dritte.*

VON THORSTEN FISCHER

**ST. GALLEN** – «Mit dieser Überraschung hat niemand im Team gerechnet», kommentierte Thomas Köberl, Mitglied der Abacus-Leitung, den Sieg beim Unternehmerpreis Ostschweiz, der vom Swiss Venture Club (SVC) gestern vergeben wurde. Die 1985 gegründete Abacus, eine der ersten Softwarefirmen der Schweiz, hat sich mit seiner Betriebswirtschaftssoftware für Klein- und Mittelunternehmen (KMU) zum landesweiten Marktführer emporgearbeitet. Die Firmenleitung nahm den Preis in den Olma-Hallen – vor 700 Gästen aus Wirtschaft und Politik – entgegen. Verbunden mit der Auszeichnung, die von Winterthur Leben mitgetragen wird, ist eine Managementweiterbildung an der Stanford Business School.

## Vor der eigenen Haustür

Der Preisträger Abacus passt in das Bild, das Hans-Ulrich Müller in der Eröffnungsrede thematisierte. «Um Beispiele für erfolgreiche Firmen zu finden, muss man nicht ins Silicon Valley oder nach China gehen,» sagte Müller, Präsident des SVC und Leiter des



**Ausgezeichnet:** Die Abacus Research AG, vertreten durch Eliano Ramelli (links) und Thomas Köberl.

BILD ZVG

KMU-Firmenkundengeschäfts der Credit Suisse Schweiz. Laut Müller finden sich die Erfolgsgeschichten genauso vor der eigenen Haustür – in der KMU-Landschaft Ostschweiz. Dennoch brauche es zusätzlichen Schub: Die Schweizer Wirtschaft und Politik hätten sich in einem bedenklichen Ausmass daran gewöhnt, die wirtschaft-

liche Leistung als Bringschuld von anderen anzusehen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Leistungskraft immer auch mit dem Wind im Gesicht entwickelt werde, erinnerte Müller.

Für den Unternehmerpreis hatte eine neunköpfige Jury unter der Leitung von Franziska Tschudi, Chefin der Rapperswiler Wicor-Gruppe, zunächst 80

Firmen ausgewählt und dann sechs für die Endauswahl nominiert. Einbezogen wurden die Kantone Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, beide Appenzell, Glarus, Graubünden sowie das Fürstentum Liechtenstein. Die Jury war laut Tschudi beeindruckt von der hohen Branchenvielfalt in der Ostschweiz. Bewertet wurde nicht nur der Leistungs-

ausweis am Markt, sondern auch die Verbundenheit mit der Region.

Der zweite Preis – ein Managementseminar des Instituts für Klein- und Mittelunternehmen (KMU-HSG) – ging an das Hotel Hof Weissbad. Die auf Elektronik und zugehörige Managementleistungen spezialisierte Fela aus Diessenhofen schliesslich erhielt den dritten Preis, mitgetragen von CS Private Banking: ein Seminar des Instituts für Führung und Personalmanagement (I-FPM-HSG). Die Fela habe die Jury überzeugt, weil sie sich wie ein Fisch im Haifischbecken behauptete, sagte Franziska Tschudi in Anspielung auf die grosse Konkurrenz der Fela im internationalen Markt. Die weiteren drei endnominierten Firmen erhielten alle je den vierten Preis. Dabei handelt es sich um die Christian Eschler AG (Bühler), Romer's Hausbäckerei (Benken) und den Bekleidungshersteller Strellson (Kreuzlingen). Ihr Preis, eine spezielle Uhr, stammte von einem weiteren etablierten Unternehmen der Region – der Schaffhauser IWC.

Gastredner Giorgio Behr, Chef der Behr Bircher Cellpack (BBC), Sauer-Verwaltungsratspräsident und HSG-Professor, wies nochmals auf die wenigen, aber wichtigen Grundsätze für ein Unternehmen hin: Nebst einfachen, überzeugenden Lösungen brauche es sowohl Führung als auch Teamwork. Die Unternehmenskultur sei sehr wichtig, sie müsse jedoch vorgelebt werden. Und ebenso gelte es, Erfolge anzuerkennen – und diese dann auch im Team zu feiern.

## EMMI-AKTIE

### Preisspanne von 90 bis 100 Franken

**ZÜRICH** – Der grösste Schweizer Milchproduzent Emmi hat die Details zum geplanten Börsengang festgelegt. Die Aktien sollen am 6. Dezember erstmals gehandelt werden. Mit dem Erlös will Emmi vor allem im Ausland expandieren. «Für Emmi stimmt das heutige Börsenumfeld», sagte Verwaltungsratspräsident Fritz Wyss. Emmi will im Zuge des Börsengangs bis zu einer Million Aktien mit einem Nennwert von 10 Franken anbieten. Die Preisspanne liegt zwischen 90 und 100 Franken. Zusätzlich wurde eine Mehrzuteilungsoption von 85 000 Namenaktien aus den Beständen bisheriger Aktionäre eingeräumt. Nach dem Angebot dürften rund 25 Prozent der Aktien frei handelbar sein (Free Float). (sda)

## DEUTSCHE TELEKOM

### Mammutprozess hat begonnen

**FRANKFURT** – Im Prozess gegen die Deutsche Telekom hat das Gericht zum Auftakt die umstrittene Immobilienbewertung des Konzerns kritisiert. 15 000 Aktienbesitzer verlangen vom ehemaligen Staatsunternehmen Schadenersatz – ein eigentlicher Mammutprozess. Am ersten Verhandlungstag erschienen 24 Anwälte für Kläger und Beklagte. In einem ersten Schritt werden seit gestern zehn Musterklagen verhandelt, um Kernfragen zu klären. Für die übrigen Verfahren haben diese keine verbindliche Wirkung. Die Einzelkläger oder Klagegemeinschaften wollen erreichen, dass die Telekom ihre Aktien zum Emissionspreis von 63,50 Euro zurückkauft. Die Telekom weist aber alle Vorwürfe zurück. (dpa)

## SWISSMETAL

### Verhandlungen wieder aufnehmen

**RECONVILIER** – Im Arbeitskonflikt bei Swissmetal in Reconvilier zeichnete sich eine Entspannung ab: Gestern hat ein Mediationsverfahren unter der Leitung der Berner Volkswirtschaftsdirektorin Elisabeth Zölch begonnen. Die Regierungsrätin traf in separaten Gesprächen Vertreter der Gewerkschaft Unia und des Personals sowie eine Delegation des Verwaltungsrats. Vor eigentlichen Verhandlungen gehe es darum, den Spielraum der Beteiligten auszuloten, sagte der Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion, Albert Röstli. Am Ende dieser Treffen könnten sich die Parteien dann am Verhandlungstisch wieder treffen. Ein genauer Zeitplan, wie es vorwärts gehen soll, sei aber noch nicht festgelegt. (sda)

## BASF

### Weitere 3600 Stellen werden abgebaut

**LUDWIGSHAFEN** – Der weltgrösste Chemiekonzern BASF will die Mitarbeiterzahl in seinem Ludwigshafener Stammwerk in den nächsten drei Jahren um 3600 auf etwa 32 000 verringern. Auf betriebsbedingte Kündigungen soll dabei verzichtet werden. Dies sieht eine gestern von Unternehmensleitung und Betriebsrat unterzeichnete Vereinbarung vor. Danach soll es dann bis Ende 2010 keine weiteren Personalabbau-Programme geben. Im 2002 begonnenen Restrukturierungsprojekt des BASF-Stammwerks sind die Kosten mittlerweile laut Firmenangaben um 350 Millionen Euro gesenkt worden. Der Hauptsitz soll nun bis Mitte 2005 die jährlichen Einsparungen auf 450 Millionen Euro erhöhen. (dpa)

## KARSTADTQUELLE

### Einen Schritt vorangekommen

**ESSEN** – Der von der Pleite bedrohte Handelsriese KarstadtQuelle sucht unter Zeitdruck nach einer Rettung für die gefährdete Kapitalerhöhung. Dabei ist die Konzernleitung einen wichtigen Schritt vorangekommen: Nach Angaben von Konzernsprecher Jörg Howe ist der Widerspruch eines als besonders unachgiebig geltenden Aktionärs aus formalen Gründen nichtig. Nun müsse noch eine Lösung für eine Reihe von Widersprüchen gefunden werden, die im Auftrag anderer Aktionäre eingelegt wurden. Die Kapitalspritze, von der sich KarstadtQuelle frische Mittel über 500 Millionen Euro erhofft, war am Montagabend beschlossen worden, wird aber faktisch von etwa einem halben Dutzend Kleinaktionären blockiert. (dpa)

## GELD UND GEIST

# Der neue Lohnausweis sollte boykottiert werden

VON CHRISTINA WALDVOGEL \*



Da ja bekanntlich die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung Arbeitnehmer sind, also Lohnempfänger, wurde zu deren Besteuerung der Lohnausweis eingeführt. Es ist somit das wichtigste Dokument für die Arbeitnehmer, denn der Inhalt entscheidet massgeblich über die Besteuerungshöhe jedes Einzelnen.

Als das neue Steuerharmonisierungsgesetz in Kraft trat, entschied sich die Schweizer Steuerkonferenz, ein neues, einheitliches Lohnausweisformular zu erstellen. Damit fing jetzt aber die Schwierigkeit an! Es sollte der einjährigen Gegenwartsbesteuerung entsprechen und höhere Transparenz aufweisen in Bezug auf Spesen, Gehaltsnebenleistungen etc. Auch sollte es EDV-mässig, also vereinfacht, verarbeitet werden können.

Dies ist aber absolut nicht der Fall. Der Berg hat eine Maus geboren!

Beim vorliegenden, neuen Formular entsteht erheblicher Mehraufwand an Zeit, ebenso Kosten für die Umstellung der Software. Es kann also einmal mehr nicht von administrativer Entlastung der KMU gesprochen werden, was eigentlich eine Absichtserklärung von Bundesrat und Parlament war. Logischerweise entstand Widerstand aus Arbeitgeberkreisen, denn man konnte sich auch des Verdachts nicht erwehren, dass da kräftig mehr Steuern eingefordert werden sollten. Obwohl dann eine gemischte Arbeitsgruppe zur Überarbeitung und Vereinfachung des Formulars eingesetzt wurde, konnte bis jetzt keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Der Mitarbeiter hat künftig die Pflicht, den Lohnausweis (den komplizierten) zu überprüfen, obwohl er fachlich in den wenigsten Fällen dazu in der Lage ist. Gibt es Fehler, kann gegen den Mitarbeiter ein Strafverfahren eingeleitet werden, mit ent-

sprechenden Nachsteuern. Die Firma würde dazu wegen Urkundenfälschung gebüsst. Fälle, die unklar wären, würden vor ein Steuergericht gezogen, und die Richter müssten entscheiden, was steuerpflichtig ist und was nicht.

Da stellt sich für mich schon die Frage, weshalb eine gute Praxis aufgehoben wird, bei der man mit dem Steuerkommissar verhandeln konnte. Wird also künftig jede Unklarheit im Lohnausweis zum Gerichtsfall? Ich mache ein paar Beispiele betreffend Aufrechnung von Spesen:

- Handelt es sich bei ausgewiesenen Spesen um effektiv notwendige Auslagen oder hätten reduzierte Spesen zum gleichen Ergebnis geführt?
- War bei Flügen die Businessclass notwendig oder hätte es auch Economyclass getan?
- Übernimmt die Firma Telefongebühren (Handy), so sind diese vollumfänglich zum Lohn zu addieren.
- Unterschieden wird auch zwischen Aus- und Weiterbildung. Die berufs-

bedingte Weiterbildung ist steuerfrei. Bezahlt der Arbeitgeber aber Ausbildungskosten als reine Weiterbildung, so sind diese Lohnbestandteil, das heisst, sie werden ebenso zum Lohn addiert wie Schulkosten und weitere Auslagen, die ein Arbeitgeber für seinen Lehrling bezahlt.

Da bin ich gespannt, wie die Lehrlingsämter reagieren, wenn bei der Ausbildung gespart wird, damit die Steuern des Lehrlings nicht erhöht werden. So einen Blödsinn hätte ich eigentlich von gut ausgebildeten und vom Staat bezahlten Akademikern nicht erwartet. Einmal mehr verkommen wir (die noch Arbeitenden) zu den Prügelknaben der Nation. Der neue Lohnausweis sollte boykottiert werden, bevor nicht eine echte Mitsprache der Betroffenen und somit eine Verschlingung des Ausweises erfolgt, damit nicht landesweit eine Prozesslawine in Gang kommt.

\* Christina Waldvogel, Jahrgang 1949, ist Architektin und Baubiologin. Sie hat ein Architekturbüro in Schaffhausen. Seit 1997 ist sie Präsidentin des Städtischen Gewerbeverbandes.

